



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Reint E. Gropp
Grußwort (S. 99)

Daniel Fackler
Aktuelle Trends:
Betriebsschließungen in Deutschland:
Konvergenz zwischen Ost und West (S. 100)

Hans-Ulrich Brautzsch
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Beschäftigungsrückstand gegenüber dem Westen
etwas geringer als bisher ausgewiesen (S. 101)

Martin Altemeyer-Bartscher
Eine flexible Ländersteuer bei einem hohen Ausgleich von
Finanzkraftunterschieden (S. 105)

Mirko Titze
Im Fokus:
Sächsische Kooperationsstrukturen
im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union (S. 109)

Matthias Wieschemeyer
15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop:
„Identification and Causality“ (S. 113)



Wirtschaft im Wandel

6/2014

17.12.2014, 20. Jahrgang



Grüßwort

Am 1. November 2014 habe ich die Leitung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle übernommen. Das Amt ist verbunden mit einem Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Als in den Neuen Ländern beheimatetes wirtschaftswissenschaftliches Forschungsinstitut soll das IWH auch unter meiner Leitung weiterhin ein Advokat Ostdeutschlands bleiben und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Wirtschaftspolitik der ostdeutschen Länder und Osteuropas im europäischen Kontext kritisch begleiten.

Generell stehen dabei die Fragen nach den Bestimmungsgründen von Wachstumsprozessen und der Rolle der Finanzmärkte für Wachstum und Produktivität im Mittelpunkt unseres Interesses. Diese Fragen sind relevant für Ostdeutschland, aber sie gewinnen auch in ganz Deutschland und in Europa zunehmend an Aktualität – nicht nur, weil der Aufholprozess Ostdeutschlands gegenüber dem Westen zum Erliegen gekommen zu sein scheint, sondern auch, weil das schwache Einkommenswachstum pro Kopf in ganz Deutschland und in Europa auf mangelnde Wachstumsdynamik schließen lässt.

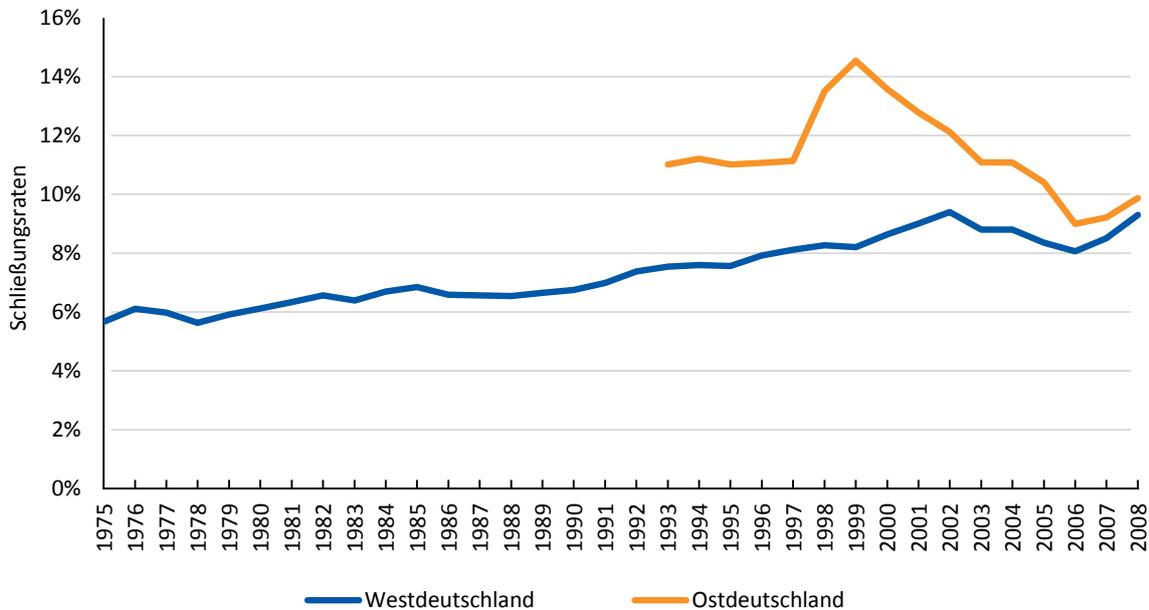
Mit diesen Themen möchten wir die moderne evidenzbasierte Forschung und Politikberatung am IWH noch weiter ausbauen. Die Wirksamkeit und Effektivität wirtschaftspolitischer Maßnahmen muss konsequent überprüft werden, auf Basis zuverlässiger Daten und mit den neuesten Methoden der empirischen Wissenschaft. Deshalb werden wir den Ausbau einer leistungsfähigen Dateninfrastruktur am Institut systematisch weiter vorantreiben, auch in Kooperation mit anderen relevanten Institutionen. Das IWH soll für den kontinuierlichen, offenen und konstruktiven Dialog zwischen Forschern und Politikern einerseits sowie Forschern und der Öffentlichkeit andererseits eine verlässliche Brücke bilden.

Auf dieser Basis waren wir bei der Evaluierung durch die Leibniz-Gemeinschaft Ende November sehr erfolgreich. Wenn auch die abschließende Bewertung noch aussteht: Die Experten lobten das IWH, sowohl die grundlegenden strukturellen Reformen der letzten drei Jahre als auch unser Zukunftskonzept. Dieses großartige Ergebnis ist den phantastischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IWH zu verdanken, die dem Institut trotz unsicherer Perspektive in den vergangenen Jahren die Treue gehalten haben. Ich bin sehr optimistisch, dass das IWH in den nächsten Jahren nun in ein ruhigeres Fahrwasser kommt und weiterhin einen zentralen Beitrag zur wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland und in Europa leisten wird.

*Reint E. Gropp
Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle*

Betriebsschließungen in Deutschland: Konvergenz zwischen Ost und West

- jährliche Schließungsraten^a in %; Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, privater Sektor -



IWH

^a Die Schließungsrate beschreibt den Anteil der Betriebe, die zum Stichtag (30.06.) eines Jahres letztmalig im Datensatz erscheinen.

Quelle: Betriebs-Historik-Panel 1975-2010; Berechnungen und Darstellung des IWH. Eine Beschreibung des Datensatzes findet sich in Spengler, A.: The Establishment History Panel, in: *Schmollers Jahrbuch*, Jg. 128 (3), 2008, 501-509. Der Beobachtungszeitraum endet im Jahr 2008, da Betriebe nur dann als geschlossen betrachtet werden, wenn sie in mindestens zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht im Datensatz auftauchen. Zur Identifikation von Betriebsschließungen im Betriebs-Historik-Panel vgl. Fackler, D.; Schnabel, C.; Wagner, J.: Establishment Exits in Germany: The Role of Size and Age, in: *Small Business Economics*, Vol. 41 (3), 2013, 683-700.

Für die dynamische Entwicklung einer Volkswirtschaft sind neben innovativen Neugründungen auch Betriebsschließungen von zentraler Bedeutung. Denn mit der Schließung unprofitabler Unternehmen sind gesamtwirtschaftliche Effizienzsteigerungen verbunden. In Westdeutschland sind die jährlichen Schließungsraten im Lauf der Zeit angestiegen. Schwankungen, die auf konjunkturelle Einflüsse zurückgeführt werden können, finden sich nur vereinzelt. Lediglich die mit 9,4% verhältnismäßig hohe Schließungsrate im Jahr 2002 könnte auf den Abschwung der Jahre 2001 bis 2003 zurückzuführen sein. Zudem macht sich am Ende des Beobachtungszeitraums vermutlich der Einfluss der Großen Rezession der Jahre 2008/09 bemerkbar. In Ostdeutschland sind die Schließungsraten anfangs deutlich höher als in Westdeutschland, wobei der Unterschied in den Jahren von 1993 bis 1997 ungefähr drei Prozentpunkte beträgt. Ein wesentlicher Grund hierfür ist vermutlich, dass der Anteil junger Betriebe in Ostdeutschland aufgrund zahlreicher Neugründungen nach der deutschen Vereinigung wesentlich höher war als in Westdeutschland. Junge Betriebe weisen eine deutlich höhere Schließungswahrscheinlichkeit auf als ältere. Während in den Jahren 1998 und 1999 ein starker Anstieg der Schließungsrate in Ostdeutschland zu beobachten ist (der Grund dafür könnte das Auslaufen des Fördergebietsgesetzes Ende 1998 sein), nähern sich die Schließungsraten seit der Jahrtausendwende zwischen West- und Ostdeutschland an – der Unterschied beträgt seit dem Jahr 2006 weniger als einen Prozentpunkt.

Daniel Fackler (Daniel.Fackler@iwh-halle.de)

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:* Beschäftigungsrückstand gegenüber dem Westen etwas geringer als bisher ausgewiesen

Hans-Ulrich Brautzsch

Für die Bundesländer liegen noch keine amtlichen Angaben zur Zahl der Erwerbstätigen vor, die mit den im Rahmen der Generalrevision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neu berechneten Erwerbstätigenzahlen für Deutschland insgesamt kompatibel sind. Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit kann deshalb nur auf der Grundlage der revidierten Beschäftigungsstatistik analysiert werden. Die Zahl der Beschäftigten wurde in Ostdeutschland stärker nach oben korrigiert als in den Alten Bundesländern. Damit dürfte die Revision der Erwerbstätigenzahl für Ostdeutschland höher ausfallen als für Westdeutschland. Dies hat auch Auswirkungen auf die Arbeitslosenquote, die nunmehr etwas geringer ausgewiesen werden dürfte als zuvor.

Die günstige Beschäftigungsentwicklung in der ersten Hälfte des Jahres 2014 dürfte dazu führen, dass im Durchschnitt des Jahres 2014 die Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland etwas über dem Vorjahreswert liegen wird. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird – wie in den Jahren zuvor – vom schrumpfenden Arbeitsangebot beeinflusst. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr 9,5% betragen, nach 10,1% im Vorjahr.

Ansprechpartner: Hans-Ulrich Brautzsch (Ulrich.Brautzsch@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: E24, J21, R11

Schlagwörter: Ostdeutschland, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit

Infolge der kräftigen Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,1%¹ gegenüber dem Vorjahreszeitraum nahm die Beschäftigung in Ostdeutschland im ersten Halbjahr 2014 zu. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig (SV-pflichtig) Beschäftigten lag im ersten Quartal um 0,5% und im zweiten Quartal um 0,2% über dem Stand des Vorquartals.² In Westdeutschland, wo das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um 1,6% höher lag als vor einem Jahr, stieg die Beschäftigung in den ersten beiden Quartalen jeweils um 0,5%.

Fehlende Erwerbstätigenzahlen erschweren Beurteilung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

Anfang September wurden im Rahmen der Generalrevision 2014 der Volkswirtschaftlichen Ge-

samtrechnungen (VGR-Revision 2014) auch die Daten zur Erwerbstätigkeit und zum Arbeitsvolumen erheblich revidiert.³ So wurde für das Jahr 2013 die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland um 443 000 Personen bzw. 1,0% höher ausgewiesen als zuvor. In welchem Umfang die Bundesländer und damit die Regionen Ost- und Westdeutschland betroffen sind, kann gegenwärtig nicht beurteilt werden, da regionale Daten noch nicht bereitgestellt wurden.

Den größten Teil der Erwerbstätigen (etwa 82%) bilden die Beschäftigten.⁴ Die revidierte Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit wurde bereits Ende August 2014 veröffentlicht. Sie enthält auch regionale Daten. Danach wurden die Beschäftigungszahlen für Ostdeutschland stärker nach oben revidiert als für Westdeutschland (vgl. Kasten).

* In einer regelmäßig in der Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“ publizierten Artikelserie werden ausgewählte Aspekte der aktuellen Entwicklung des ostdeutschen Arbeitsmarktes anhand der Arbeitsmarktbilanz des IWH besprochen. Der vorangegangene Artikel ist erschienen in: IWH, *Wirtschaft im Wandel*, Jg. 19 (6), 2013, 108-111.

¹ Vgl. *Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder: Bruttoinlandsprodukt 1. Halbjahr 2014*; 30. September 2014.

² Vgl. *Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Saisonbereinigte Zeitreihen*. Nürnberg.

³ Vgl. hierzu R^äth, N.; Braakmann, A. et al.: Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2014 für den Zeitraum 1991 bis 2014, in: *Wirtschaft und Statistik, September 2014*, 502-543. – *Statistisches Bundesamt: Hinweise zur Neuberechnung der Erwerbstätigenzahlen für Deutschland im Rahmen der Generalrevision 2014 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR-Revision 2014)*. Wiesbaden 2014.

⁴ Zu den Beschäftigten zählen hier die SV-pflichtig sowie die ausschließlich geringfügig Beschäftigten.

Kasten:

Zur Revision der Beschäftigungsstatistik

Ende August 2014 wurde von der Bundesagentur für Arbeit die revidierte Beschäftigungsstatistik veröffentlicht.* In dieser sind – rückwirkend bis zum Jahr 1999 – die revidierten Daten zu den SV-pflichtig Beschäftigten sowie den ausschließlich geringfügig Beschäftigten ausgewiesen.

Die Revision resultiert vor allem aus zwei Tatsachen: Zum einen wird – entsprechend der Definition der International Labour Organization (ILO) – die SV-pflichtige Beschäftigung breiter abgegrenzt. Eingeschlossen sind nun auch die Beschäftigten in Einrichtungen für Behinderte und Personen, die ein freiwilliges soziales bzw. ökologisches Jahr oder den Bundesfreiwilligendienst leisten. Zum anderen wird die Art der Beschäftigung – SV-pflichtig oder geringfügig beschäftigt oder beides – genauer als bisher erfasst.

Die Revision ist für Ostdeutschland stärker ausgefallen als für Westdeutschland. Dies liegt vor allem daran, dass die Zahl der Personen, die bisher nicht zu den SV-pflichtig Beschäftigten zählten, in den Neuen Bundesländern anteilig höher ist als in Westdeutschland. Für das Jahr 2013 ist die Zahl der SV-pflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland um 75 000 Personen bzw. 1,8% (Westdeutschland: 1,1%) und die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten um 24 000 Personen bzw. 4,7% (Westdeutschland: 4,5%) höher als bisher ausgewiesen. Die Zahl der Beschäftigten insgesamt wurde in Ostdeutschland um 2,1% angehoben, in Westdeutschland waren es 1,6%. Da der Anteil dieser beiden Beschäftigungsgruppen an den Arbeitnehmern in Ostdeutschland 94,4% (Westdeutschland: 92,8%) beträgt, kann aus den korrigierten Beschäftigungsdaten fast vollständig die Zahl der Arbeitnehmer erklärt werden.

* Vgl. hierzu: Frank, T.; Grimm, C.: [Beschäftigungsstatistik – Revision 2014, Methodenbericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit](#). Nürnberg 2014.

Auch die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt dürfte für Ostdeutschland etwas stärker nach oben revidiert werden als für Westdeutschland. Nach Schätzungen des IWH dürften im Jahr 2013 etwa 5,88 Millionen Personen beschäftigt gewesen sein. Dies sind etwa 74 000 Personen mehr als bisher ausgewiesen.⁵ In der Folge dürfte die Arbeitslosenquote⁶ etwas geringer ausgewiesen werden als bis-

⁵ Vgl. Übersicht „Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland“ auf Seite 104.

⁶ Die Arbeitslosenquote ist hier definiert als die Relation von registrierten Arbeitslosen und Erwerbspersonen (Erwerbspersonen: Arbeitslose und Erwerbstätige [Inland]).

her: Betrag diese im Jahr 2013 in Ostdeutschland vor der Revision 10,2%, so dürfte sie nunmehr bei 10,1% liegen.

Ostdeutschland holt bei der Beschäftigung im Trend etwas auf

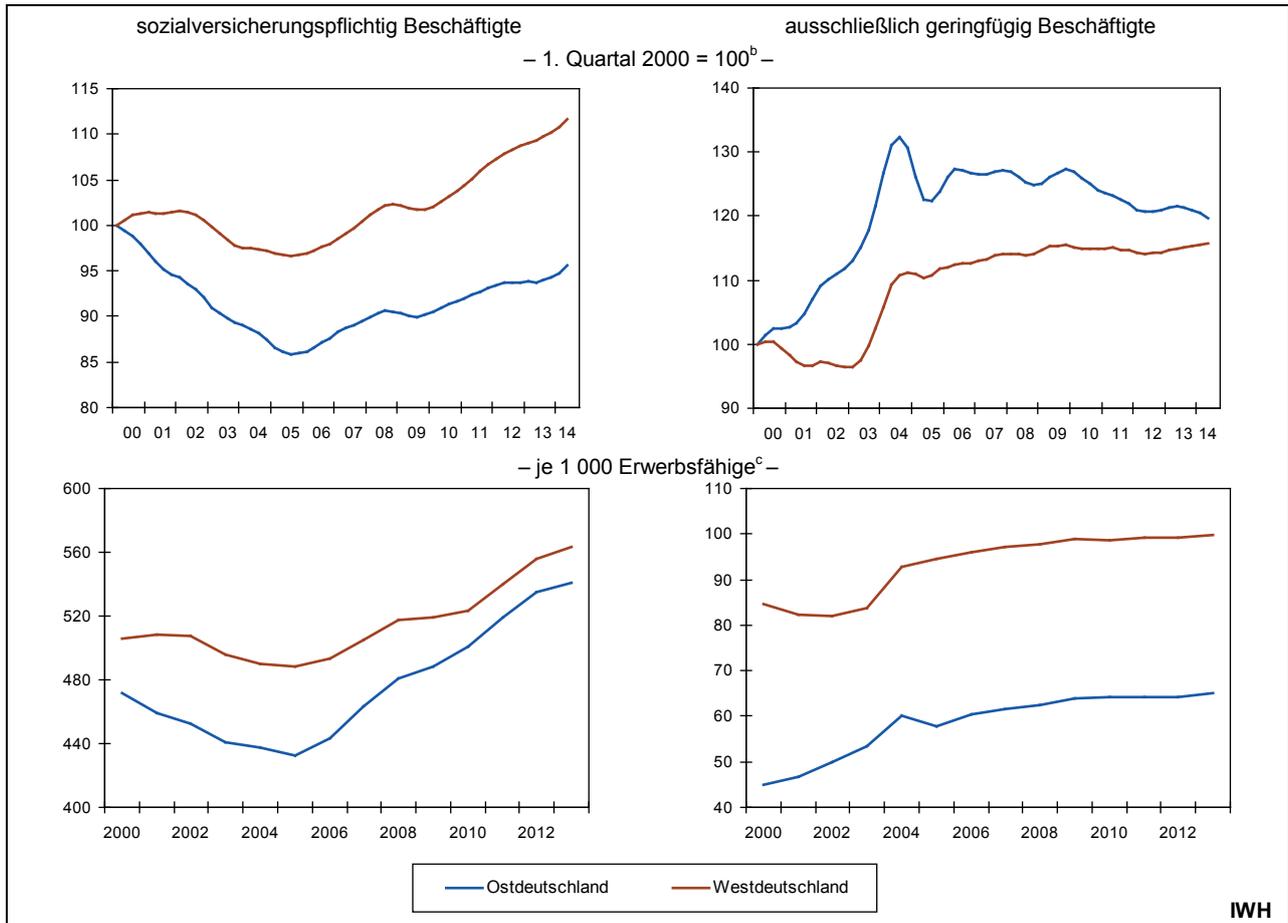
Die Entwicklung der bereits vorliegenden revidierten Beschäftigtenzahlen der Bundesagentur für Arbeit zeigt folgendes Bild (vgl. Abbildung, obere Hälfte). Die Zahl der SV-pflichtig Beschäftigten steigt sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts deutlich an. Eine leichte „Delle“ während der Großen Rezession ist sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zu beobachten. In Ostdeutschland lag die Zahl der SV-Pflichtigen im Jahr 2013 noch deutlich unter dem Wert des Jahres 2000, während in Westdeutschland die Zahl der SV-Pflichtigen seit dem Jahr 2000 um etwa 12% zugenommen hat. Bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten ist nach einem starken Anstieg bis etwa zum Jahr 2005 ein tendenzieller Rückgang zu beobachten. In Westdeutschland ist nach Mitte des vergangenen Jahrzehnts noch eine leichte Zunahme zu erkennen.

Der Vergleich der absoluten Zahl der Beschäftigten ist allerdings wenig aussagekräftig, da in Ostdeutschland die Zahl der Erwerbsfähigen⁷ seit dem Jahr 1991 stark abnahm, während sie in Westdeutschland beinahe konstant blieb. Wird die Zahl der Beschäftigten auf die Zahl der Erwerbsfähigen bezogen (vgl. untere Hälfte der Abbildung), so zeigt sich, dass bei den SV-pflichtig Beschäftigten bis Ende des vergangenen Jahrzehnts tendenziell eine Annäherung an den westdeutschen Vergleichswert zu beobachten ist, während bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten der Abstand zwischen Ost- und Westdeutschland in etwa konstant bleibt. Insgesamt (SV-pflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte zusammengenommen) gab es in Ostdeutschland im Jahr 2013 605 Beschäftigte je 1 000 Erwerbsfähige; in Westdeutschland waren es 663. Der Abstand hat sich zwischen den Jahren 2000 und 2013 von 74 auf 57 verringert. Vor der Revision war die Verringerung des Abstandes deutlich schwächer ausgewiesen worden (2000: 71 Personen; 2013: 59 Personen).

⁷ Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren.

Abbildung:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ausschließlich geringfügig Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland^a



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland mit Berlin. – ^b Saisonbereinigte Werte (Saisonbereinigung mit Berliner Verfahren BV4.1). – ^c Jahreswerte.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Beschäftigungsaufbau schwächt sich im Jahr 2014 ab

Im weiteren Verlauf des Jahres 2014 wird sich wegen der gegenwärtig schwachen Produktionsentwicklung⁸ die Beschäftigungslage zunächst nur noch wenig verbessern. So nahm die Zahl der SV-pflichtig Beschäftigten im dritten Quartal in Ostdeutschland nur noch um 0,1% zu. Das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt ist jedoch nach wie vor hoch. Dieses lag im zweiten Quartal in Ostdeutschland um knapp 35 000 bzw. 22,9% über dem Vorjahreswert.⁹ In

Westdeutschland betrug die Zunahme 11,8%. Insgesamt dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Durchschnitt des Jahres 2014 etwa 5,89 Millionen Personen betragen. Dies sind etwa 14 000 Personen mehr als im Jahr zuvor (vgl. Übersicht).

Die registrierte Arbeitslosigkeit geht um 38 000 Personen und damit deutlich stärker zurück, als die Zahl der Erwerbstätigen zunimmt. Dies ist – wie in den Jahren zuvor – durch den Rückgang des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots bedingt.¹⁰ Die

Quartal 2014, [Pressemitteilung des IAB vom 07.08.2014](#). Zu beachten ist hierbei allerdings, dass in dieser Statistik Berlin den Neuen Bundesländern zugerechnet wird.

⁸ Vgl. Ludwig, U.; Exß, F.: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland: Auf Wachstumsschub zu Jahresbeginn folgt konjunkturelle Delle, in: [IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 \(4\), 2014](#), 162.

⁹ [Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Stellenerhebung: Gut eine Million offene Stellen im zweiten](#)

¹⁰ Vgl. hierzu auch [Brautzsch, H.-U.; Exß, F.; Lang, C.; Lindner, A.; Loose, B.; Ludwig, U.; Schultz, B.: Ostdeutsche Wirtschaft: Kräftige Konjunktur im Jahr 2014, Rückstand gegenüber Westdeutschland verringert sich aber kaum mehr, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 2 \(3\), 2014](#), 137-139.

Verringerung der Zahl der durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen geförderten Personen wirkt einem noch stärkeren Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit entgegen. Insgesamt dürfte die auf

die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote im Jahr 2014 9,5% betragen und wird damit um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert liegen.

Übersicht:

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (ohne Berlin)

		2011	2012	2013	2014
		<i>in 1 000 Personen</i>			
1	Erwerbsfähige ^a	8 259	8 108	8 054	8 011
2	Erwerbstätige in Ostdeutschland (Inland)	5 882	5 892	5 880	5 894
3	Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(2)–(15)–(16)]	5 811	5 829	5 824	5 848
4	<i>Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit^b</i>	79	56	38	36
5	<i>Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(3)–(4)]</i>	5 731	5 773	5 786	5 812
6	Pendlersaldo	–410	–403	–400	–400
7	Erwerbstätige aus Ostdeutschland (Inländer) [(2)–(6)]	6 292	6 295	6 280	6 294
8	Erwerbstätige aus Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt [(7)–(15)–(16)]	6 221	6 232	6 224	6 248
9	<i>darunter: Erwerbstätige in Ostdeutschland im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(8)–(4)]</i>	6 141	6 176	6 186	6 212
10	Unterbeschäftigung [(11)+(12)]	972	901	873	823
11	<i>Arbeitslose</i>	721	682	660	622
12	<i>sonstige Unterbeschäftigte [(13)+(14)+(15)+(16)+(17)+(18)+(19)+(20)+(21)]</i>	251	219	213	201
13	<i>§ 126 SGB III/kurzfristige Arbeitsunfähigkeit</i>	21	20	20	20
14	<i>Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten</i>	13	10	12	10
15	<i>Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen^c</i>	6	13	13	8
16	<i>Ein-Euro-Jobs</i>	66	50	43	38
17	<i>Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (nur Vollzeitmaßnahmen)</i>	37	30	32	34
18	<i>Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen bzw. Aktivierung und berufliche Eingliederung (§ 46 SGB III)</i>	34	28	32	30
19	<i>Vorruheständler^d</i>	68	60	55	55
20	<i>Ausfall durch Altersteilzeit in Vollzeitäquivalenten</i>	6	5	5	5
21	<i>Ausfall durch sonstige arbeitsmarktpolitische Maßnahmen^e</i>	2	2	1	1
22	Erwerbspersonenpotenzial ohne Stille Reserve i. e. S. ^f [(8)+(10)–(14)–(20)]	7 174	7 117	7 079	7 056
		<i>in % (Inländerkonzept)</i>			
23	Erwerbsbeteiligungsquote [(22)/(1)*100]	86,9	87,8	87,9	88,1
24	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt [(8)/(1)*100]	75,3	76,9	77,3	78,0
25	Erwerbstätigenquote im ersten Arbeitsmarkt ohne Förderung von abhängiger Beschäftigung und Selbstständigkeit [(9)/(1)*100]	74,4	76,2	76,8	77,5
26	Erwerbstätigenquote insgesamt [(7)/(1)*100]	76,2	77,6	78,0	78,6
27	Unterbeschäftigungsquote [(10)/(22)*100]	13,5	12,7	12,3	11,7
28	Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung {[(11)+(13)] / (10) * 100}	76,3	77,9	77,8	78,0
29	Arbeitslosenquote {[(11)+(13)] / [(7)+(11)+(13)] * 100}	10,5	10,0	9,8	9,3
30	Quote der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen {[(4)+(12)] / (22) * 100}	4,6	3,9	3,6	3,4

^a Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Personen in Maßnahmen der Förderung der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit (Förderung abhängiger Beschäftigung bzw. Förderung der Selbstständigkeit); die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Einschließlich Beschäftigungsphase Bürgerarbeit. – ^d § 428 SGB III/§ 53a Abs. 2 SGB II/§ 65 Abs. 4 SGB II/§ 252 Abs. 8 SGB VI. – ^e Die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^f Der Abzug des Arbeitsausfalls bei Kurzarbeit und durch Altersteilzeit erfolgt, um eine Doppelzählung zu vermeiden. Arbeitslose mit geringfügiger Beschäftigung oder traditioneller Teilzeitbeschäftigung sind mangels Quantifizierbarkeit doppelt enthalten.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Veröffentlichung: Mai 2014); Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Eine flexible Ländersteuer bei einem hohen Ausgleich von Finanzkraftunterschieden

Martin Altemeyer-Bartscher

Am Ende des Jahres 2019 tritt das Finanzausgleichsgesetz außer Kraft. Im Zuge dessen ergibt sich eine historische Chance, die Reibungsverluste im gegenwärtigen Ausgleichssystem durch eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu verringern. Ein aktuell viel diskutierter Vorschlag sieht eine flexible Ländersteuer vor. In diesem Beitrag wird analysiert, welche Auswirkungen eine solche erweiterte Steuerautonomie für die Bundesländer hätte und welche Möglichkeiten sich diesbezüglich für eine anreizfreundliche Neugestaltung des Finanzausgleichs mit hoher Ausgleichsintensität ergeben würden.

Ansprechpartner: Martin Altemeyer-Bartscher (Martin.Altemeyer-Bartscher@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: H11, H21, H26, H77

Schlagwörter: Steuerautonomie, Länderfinanzausgleich, Föderalismusreform, interregionaler Wettbewerb

Steuerautonomie in der Reformdiskussion

In der Debatte um die Neuordnung der Bund-Länder-Finzen wird gegenwärtig vermehrt über eine Erweiterung der Steuerautonomie auf Länderebene diskutiert.¹ Insbesondere wird vorgeschlagen, den Ländern ab dem Jahr 2020 das Recht einzuräumen, einen Zu- bzw. Abschlag auf bestimmte Steuerarten zu erheben. Um einen erheblichen Umstellungsaufwand bei einer Reform zu vermeiden, soll jedoch die Bemessungsgrundlage der betreffenden Steuerarten weiterhin bundeseinheitlich festgelegt werden.²

Sowohl die Befürworter als auch die Kritiker dieses Reformvorschlags heben im Kern zwei Aspekte hervor, die bei einer Erweiterung der Ertragshoheit für die Länder eine wesentliche Rolle spielen. Erstens würde den Ländern durch eine flexible Ländersteuer ein zusätzlicher Gestaltungsspielraum auf der Einnahmeseite des Landeshaushalts eröffnet. Zweitens hätten länderspezifische Steuerzuschläge sowohl bei Marktentscheidungen

als auch im politischen Wettbewerb im Vergleich zu anderen finanzpolitischen Größen eine höhere Sichtbarkeit (Salienz).

Die Befürworter dieser Reformoption bemängeln, dass die Landesregierungen zurzeit kaum Möglichkeiten haben, auf die örtliche Steuerlast einzuwirken. Tatsächlich können die Landesregierungen die örtliche Steuerlast (mit Ausnahme der Grunderwerbssteuer) lediglich durch die kollektive Mitbestimmung über die bundesrechtliche Steuergesetzgebung im Bundesrat oder durch die Pflege der örtlichen Steuerbasis (über die in Länderverantwortung liegende Steuerverwaltung) mitbestimmen. Die Befürworter sehen in den größeren finanzpolitischen Gestaltungsspielräumen und der gesteigerten Salienz finanzpolitischer Maßnahmen die Möglichkeit, das Angebot an öffentlichen Leistungen in den verschiedenen Ländern besser auf die regionalspezifischen Präferenzen abzustimmen und zudem ein höheres Maß an politischer Transparenz und fiskalischer Äquivalenz zu erreichen.

Die Kritiker eines Steuerzuschlags weisen hingegen darauf hin, dass ein interregionaler Wettbewerb mittels gut sichtbarer steuerlicher Maßnahmen eine zusätzliche Quelle für Reibungsverluste im Föderalismus darstellen kann. Sie sehen zudem die Gefahr eines Wettbewerbs mit ungleichen Startvoraussetzungen, der sich für die finanzschwachen Länder nachteilig entwickeln könnte.

¹ Deutsche Bundesbank: Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen. *Deutsche Bundesbank Monatsheft September 2014*, 35-54.

² Eine umfassendere Steuergesetzgebungshoheit, die auch eine länderspezifische Gestaltung der Bemessungsgrundlage beinhaltet, würde nämlich eine vollkommene Umstellung des Steuersystems erfordern, vgl. *Deutsche Bundesbank*, ebenda.

In diesem Beitrag, der auf einem kürzlich erschienenen IWH-Diskussionspapier basiert,³ wird untersucht, inwiefern durch einen Länderfinanzausgleich mit hinreichend hohen Ausgleichsraten die Vorbehalte der Kritiker eines Zuschlagsrechts ausgeräumt werden können. Dabei wird deutlich, dass die Vorteile einer erweiterten Steuerautonomie unter bestimmten Umständen auch bei einem hohen Ausgleich von Finanzkraftunterschieden erhalten bleiben.

Gestaltungsspielräume in der Landeshaushaltspolitik

Die Möglichkeit der Defizitfinanzierung, die von vielen Landesregierungen in der Vergangenheit als finanzpolitisches Gestaltungsinstrument genutzt wurde, wird durch das Inkrafttreten der Schuldenbremse auf Länderebene zu Beginn des Jahres 2020 praktisch wegfallen. Ein Zuschlagsrecht für die Länder könnte diese Lücke schließen, sodass die Landespolitik besser auf lokalspezifische Präferenzen für öffentliche Leistungen eingehen könnte.

Durch die Erweiterung der Steuerautonomie könnte den Ländern zudem mehr Eigenverantwortung in der Haushaltspolitik übertragen werden, um die Fehlanreize des Länderfinanzausgleichs zu begrenzen. Mit Ausnahme von Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegt nämlich der Anteil der durch gute Landespolitik erzeugten Mehreinnahmen bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die wegen des Länderfinanzausgleichs nicht im Landeshaushalt verbleiben, bei über 85% (vgl. Tabelle).

Es ist daher plausibel, dass die Landesregierungen die Grenzbelastungen als eine Art Steuer auf Steueraufkommen begreifen und daher die Pflege der örtlichen Steuerbasis nicht unbedingt in den Mittelpunkt der Landespolitik stellen. Einige Studien liefern empirische Evidenz für diese These.⁴

Allerdings wird eine wesentliche Reduktion der Ausgleichsraten des Finanzausgleichs zur Steigerung der Eigenverantwortung in den Reformver-

handlungen wohl nicht ernsthaft in Erwägung gezogen. Ein Absenken der Ausgleichsintensität könnte die finanzschwachen Länder möglicherweise erheblich treffen und dadurch den in der Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 vorgeschriebenen flächendeckenden strukturellen Ausgleich der Landeshaushalte gefährden. Da sich die Schuldenbremse im deutschen Finanzföderalismus noch etablieren muss, sollten die notwendigen Konsolidierungsanstrengungen in den Ländern unter realistischen Szenarien erfüllbar sein. Auch in dieser Hinsicht ist einer Substitution von Zuweisungen des Finanzausgleichs durch Mehreinnahmen, die durch Steuerzuschläge erreicht werden, eine Grenze gesetzt.⁵

Tabelle:
Grenzbelastungen des Länderfinanzausgleichs im Jahr 2011 in den einzelnen Bundesländern

Bundesland	Lohnsteuer	Körperschaftsteuer
Bayern	72,65	79,01
Baden-Württemberg	71,63	77,49
Berlin	90,92	96,9
Brandenburg	87,65	92,88
Bremen	88,64	93,74
Hamburg	68,47	74,95
Hessen	76,84	82,99
Mecklenburg-Vorpommern	88,15	93,32
Niedersachsen	88,03	94,47
Nordrhein-Westfalen	62,15	68,90
Rheinland-Pfalz	90,85	97,14
Saarland	88,48	93,70
Sachsen	86,72	91,96
Sachsen-Anhalt	87,75	92,95
Schleswig-Holstein	87,24	92,84
Thüringen	87,81	93,00

Quelle: Berechnet mit Fehr, H.; Kindermann, F.; Wiegard, W.: Finanzausgleich zum Selberrechnen. Universitäten Würzburg und Regensburg 2008.

Durch die erweiterte Ertragsautonomie verfügen die Landesregierungen zudem über eine zusätzliche strategische Größe im interregionalen Standortwettbewerb. Die Einführung eines Zuschlagsrechts dürfte jedoch nicht, wie oft befürchtet, zu

³ Vgl. *Altemeyer-Bartscher, M.*: Fiscal Equalization, Tax Salience, and Tax Competition. *IWH-Diskussionspapiere* 3/2014. Halle (Saale) 2014.

⁴ Vgl. *Baretti, C.; Huber, B.; Lichtblau, K.*: A Tax on Tax Revenue: The Incentive Effects of Equalizing Transfers: Evidence from Germany, in: *International Tax and Public Finance*, Vol. 9 (6), 2002, 631-649.

⁵ Vgl. *Deubel, I.*: Schuldenbremse und Finanzausgleich: Wie stark muss der Finanzausgleich im Jahr 2020 ausgleichen, damit (fast) alle Länder die Schuldenbremse einhalten können?, in: *ifo Schnelldienst*, Vol. 67 (1), 2014, 43-51. – *Holtemöller, O.; Altemeyer-Bartscher, M.; Knedlik, T.; Lindner, A.; Zeddies, G.*: Zur Wirtschaftspolitik: Struktur-reformen auch in Deutschland erforderlich!, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 2 (1), 2014, 41-54.

einem interregionalen Standortwettbewerb mit extremen Auswüchsen führen. Betrachtet man nämlich die Wechselwirkungen zwischen der lokalen Steuerpolitik und dem Länderfinanzausgleich, so wird deutlich, dass durch die hohen Ausgleichsraten die fiskalischen Externalitäten zum Teil korrigiert werden.⁶

Salienz der steuerlichen Instrumente auf Länder-ebene

Einige neuere Studien zeigen, dass in komplexen und intransparenten Steuersystemen die Steuerzahler verschiedene steuerliche Maßnahmen mit identischem Einfluss auf die effektive Steuerlast unterschiedlich wahrnehmen und bewerten.⁷ Das trifft auch für das hier betrachtete Umfeld zu. Denn typischerweise erhält der Steuerzahler eher ein bruchstückhaftes Bild von der Arbeit der Steuerverwaltung. Die Intensität der Steuerprüfung (Wahrscheinlichkeit, mit der eine Steuerhinterziehung aufgedeckt wird) können die Steuerzahler sehr grob auf Basis eigener Erfahrungen, einer Mund-zu-Mund-Propaganda oder Medienberichten über spektakuläre Hinterziehungsfälle einschätzen. Eine Variation der Steuerprüfungsintensität können sie allerdings kaum wahrnehmen, wie Ergebnisse von Feldexperimenten zeigen.⁸ Im Gegensatz dazu besitzt die Variation eines Steuerzuschlags in einem Land für Steuerzahler und Wähler eine relativ gute Sichtbarkeit.

Da die Variation der Steuerprüfungsintensität keine von den Steuerzahlern wahrnehmbare Größe darstellt, werden niedrige Steuerprüfungsintensitäten in deutschen Steuerbehörden kaum auf den interregionalen Steuerwettbewerb zurückzuführen sein, sondern eher auf die hohen Grenzbelastungen des Länderfinanzausgleichs. Die geringe Salienz

des steuerlichen Instruments wird allerdings nicht nur einen Einfluss auf Marktentscheidungen haben, sondern auch auf den polit-ökonomischen Prozess. Ein politischer Vergleichswettbewerb (*yardstick competition*) kann einer fiskalischen Illusion nämlich nur dann vorbeugen, wenn er auf Größen basiert, die bei der Wählerschaft eine hohe Sichtbarkeit haben.⁹ Demgegenüber wird das Zuschlagsrecht, welches bei den Steuerzahlern und Wählern eine relativ große Aufmerksamkeit weckt, im interregionalen Wettbewerb eine relevante Größe darstellen.

Nach der Einführung eines Zuschlagsrechts auf bestimmte Steuern würden die Länder über mehrere von den Steuerzahlern ungleich wahrgenommene steuerliche Instrumente verfügen, die als strategische Größen in einem Wettbewerb um steuerlich günstige Standorte unterschiedliche Verwendung finden. Durch die Festlegung von Abschlägen oder zumindest von moderaten Zuschlägen können die Regierungen eine hohe Standortattraktivität in ihrem Land erreichen. Die mit einer Reduktion des Steuerzuschlags verbundenen Einnahmeausfälle können durch eine Intensivierung der Steuerprüfung auf unauffällige Art und Weise kompensiert werden. Eine so genannte Tax-Cut-cum-Base-Broadening-Politik (d. h. eine Politik, die geprägt ist durch Steuersatzreduktionen und eine Verbreiterung der Steuerbasis mittels einer Intensivierung der Steuerprüfung) zahlt sich für die Bundesländer aus, weil diese den Druck im interregionalen Wettbewerb für das entsprechende Bundesland abmildert. Wie intensiv die Bundesländer ihre Instrumente in einem interregionalen Wettbewerb auf diese Art und Weise nutzen können, hängt im Wesentlichen von der Aufmerksamkeit ab, welche die Steuerzahler diesen Instrumenten widmen.

Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs

Nun stellt sich die Frage, welche Möglichkeiten sich zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs ergeben, falls die Ertragshoheit der Länder erweitert wird. Die schwerwiegenden Fehlanreize für die lokale Finanzpolitik, die durch den Länderfinanzausgleich gestiftet werden, haben ihren Ursprung nicht allein in der hohen Ausgleichsintensität.

⁶ Vgl. Köthenbürger, M.: Tax Competition and Fiscal Equalization, in: *International Tax and Public Finance*, Vol. 9 (4), 2002, 391-408.

⁷ Eine empirische Studie zeigt, dass Konsumsteuern in den USA, die bereits im ausgewiesenen Preis inbegriffen sind, eine größere Auswirkung auf die Nachfrage haben als getrennt ausgewiesene Steuern, die vom Steuerzahler noch einberechnet werden müssen, vgl. Chetty, R.; Looney, A.; Kroft, K.: Salience and Taxation: Theory and Evidence, in: *American Economic Review*, Vol. 99 (4), 2009, 1145-1177.

⁸ Vgl. Slemrod, J.; Blumenthal, M.; Christian, C.: Taxpayer Response to an Increased Probability of Audit: Evidence from a Controlled Experiment in Minnesota, in: *Journal of Public Economics*, Vol. 79 (3), 2001, 455-483.

⁹ Vgl. Bracco, E.; Porcelli, F.; Redoano M.: Political Competition, Tax Salience and Accountability: Theory and Some Evidence from Italy. *CESifo Working Paper Series 4167*. München 2013.

Denn auch der steuerpolitische Verantwortungsbereich der Länder und die Bemessungsgrundlage des Zuweisungssystems sind unzureichend aufeinander abgestimmt.

Die Grundlage zur Bemessung der Zuweisungen des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne ist das örtliche Pro-Kopf-Steuereinkommen. Dieses stellt indes ein Produkt aus der ureigenen Steuerkraft des Landes und den Initiativen der Länder zur Pflege der örtlichen Steuerbasis dar. Vor dem Hintergrund der hohen Ausgleichsraten im Finanzausgleich wird dementsprechend aus Sicht der Landesregierungen ein wesentlicher Teil der auf intensive Steuerprüfungen zurückzuführenden Steuer Mehreinnahmen in den Topf des interregionalen Umverteilungssystems fließen. Zur Vermeidung von Fehlankreizen sollte sich der Finanzausgleich daher stärker an der örtlichen Steuerkraft und weniger am Ergebnis der Landespolitik orientieren. Diesbezüglich wäre eine Konditionierung der Zuweisungen auf die örtliche Steuerbasis angebracht. Was die Ausübung eines Zuschlagsrechts betrifft, so wird ein solcher Steuerbasisausgleich mit geringen Grenzbelastungen verbunden sein, da die Bemessungsgrundlage des Zuweisungssystems durch eine Steuersatzänderung eine nicht direkt beeinflussbare Größe darstellt.

In Bezug auf Steuerprüfungen ist auch bei Einführung eines Steuerbasisausgleichs weiterhin mit hohen Grenzbelastungen zu rechnen. Die Länder generieren nämlich eigenverantwortlich im Rahmen der Steuerprüfung die relevanten Informationen zur Berechnung der Steuerbasis. Allerdings könnten in einem reformierten deutschen Finanzföderalismus mit mehr Steuerautonomie für die Länder die hohen Grenzbelastungen des Finanzausgleichs einen untergeordneten Stellenwert einnehmen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn es sich für die Bundesländer auszahlt, im Steuerwettbewerb die Aufmerksamkeit der Steuerzahler möglichst auf eine Reduktion des örtlichen Steuerzuschlags zu lenken und Mehrbelastungen durch eine schleichende Verbreiterung der Steuerbasis zu kaschieren.

Der Länderfinanzausgleich mit hohen Ausgleichsraten wäre demzufolge anreizverträglich, wenn der Nutzen einer Tax-Cut-cum-Base-Broadening-Politik (eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Gebietskörperschaft im interregionalen Steuerwettbewerb)

die Kosten einer Intensivierung der Steuerprüfung (die Verringerung der Zuweisungen aus dem Finanzausgleich und eine Zunahme der von den Ländern selbst getragenen Steuerverwaltungskosten) übertrifft. Eine dezentrale Steuerpolitik, die eine Substitution von auffälligen steuerlichen Instrumenten durch unauffällige vorsieht, zahlt sich besonders dann aus, wenn der Wettbewerbsdruck für die einzelne Gebietskörperschaft hinreichend hoch ist und die entsprechenden Salienzeffekte (unterschiedliche Wahrnehmbarkeit der steuerlichen Instrumente) eine hinreichend große Rolle spielen. Diesbezüglich könnten die schwerwiegenden Anreizprobleme des Länderfinanzausgleichs auch unter einer Beibehaltung von hohen Ausgleichsraten gelöst werden, sofern ein neu eingeführtes Zuschlagsrecht auf bestimmte bundesgesetzliche Steuersätze hohe Aufmerksamkeit erregt und zudem die für das Zuschlagsrecht relevante Steuerbasis hinreichend mobil ist.

Implikationen für die Föderalismusreform

Können die schwerwiegenden Anreizprobleme des Finanzausgleichs verringert werden, ohne die Ausgleichsraten erheblich zu senken? Voraussetzung dafür ist, dass sich die Bemessungsgrundlage des Finanzausgleichs stärker an der örtlichen Steuerkraft orientiert und die Länder ein Zuschlagsrecht auf bundesgesetzliche Steuern erhalten. Die Wahl der Steuerarten, über die sich ein Zuschlagsrecht der Länder erstreckt, sollte allerdings nicht willkürlich ausfallen, sondern zwei Anforderungen erfüllen. Erstens ergeben sich besondere Anforderungen an die Sichtbarkeit der für den Länderzuschlag vorgesehenen Steuer. Dieser muss insbesondere eine hinreichend hohe Aufmerksamkeit bei den Steuerzahlern erregen. Zweitens bedarf es einer hinreichend hohen Mobilität der zugrundeliegenden Steuerbasis, um den nötigen Wettbewerbsdruck bei den Ländern zu generieren. Die deutsche Einkommen- und Körperschaftsteuer dürften diese Anforderungen gut erfüllen. Folglich könnte die Einführung eines Zuschlagsrechts bei diesen Steuerarten auch bei einem hohen Ausgleich der Finanzkraftunterschiede eine wesentliche Verbesserung der Anreizstrukturen in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen ermöglichen.

Im Fokus: Sächsische Kooperationsstrukturen im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union

Mirko Titze*

Im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) bieten zwischenbetriebliche Kooperationen die Möglichkeit, Spezialisierungsvorteile zu nutzen und Wissen auszutauschen. Für die Entstehung von Innovationen ist insbesondere personengebundenen Wissen wichtig, dessen Ausbreitung jedoch räumlich begrenzt ist. Für die Innovationsdynamik einer Region sind deswegen neben überregionalen Beziehungen auch regionale Kooperationen bedeutsam. Der vorliegende Beitrag analysiert die Kooperationsstrukturen innerhalb geförderter Verbundprojekte des 7. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union (EU) für den Zeitraum von 2007 bis 2013. Die Untersuchung richtet sich auf den Freistaat Sachsen. Der Beitrag knüpft an eine Untersuchung aus dem Jahr 2013 an, die zeigte, dass sächsische Akteure in einer bestimmten Art von Förderprogrammen, den Bundesprogrammen, heute vergleichsweise viele Kooperationspartner in räumlicher Nähe wählen. Es zeigt sich, dass es formelle Kooperationen zwischen sächsischen Akteuren auch innerhalb der internationalen Konsortien der Forschungsrahmenprogramme der EU gibt. Damit ist der Grundstein für den Austausch von personengebundenem Wissen gelegt. Aus internationaler Perspektive waren in den angesprochenen Projekten vorwiegend Partner aus Westeuropa beteiligt.

Ansprechpartner: Mirko Titze (Mirko.Titze@iwh-halle.de)

JEL-Klassifikation: I20, L14, O32

Schlagwörter: Forschung und Entwicklung, Innovationsförderung, regionale Wirtschaftsstruktur, Technologietransfer, Unternehmenskooperation

Die Literatur kennt eine Reihe von Argumenten, warum der Austausch von Wissen innerhalb einer Region mit positiven Effekten auf die regionale Entwicklung verbunden ist. Insbesondere von FuE-Kooperationen wird eine positive Wirkung auf den Innovationserfolg von Unternehmen erwartet.¹ Eine aktuelle Studie² weist für deutsche Arbeitsmarktregionen nach, dass zwischen intra-regionalen Patentierungsaktivitäten und regionaler Innovations-effizienz ein positiver Zusammenhang besteht.

Kooperationsbeziehungen können komplementäre Wissensbestände zusammenführen.³ Der Transfer von Wissen kann allerdings räumlich begrenzt sein. Dies trifft insbesondere auf das personengebundene Wissen zu, dessen Diffusion oftmals Face-to-Face-Kontakte und eine persönliche Vertrauensbasis erfordert. Hier erweist sich räumliche Nähe als sehr vorteilhaft. In interaktiven Prozessen entsteht somit neues Wissen, welches durch räumliche Nähe leicht unter den Akteuren diffundiert. Von diesen Prozessen erhofft man sich positive Impulse für die regionale Entwicklung.⁴

An diesen Diskurs knüpft der vorliegende Beitrag an. Im Mittelpunkt stehen Kooperationen in geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. In den Projekten können die Akteure ihre Partner

* Der Autor dankt Herrn Alexander Giebler für die Aufbereitung der Daten.

¹ Vgl. hierzu z. B. Hagedoorn, J.; Wang, N.: Is there Complementarity or Substitutability between Internal and External R&D Strategies?, in: *Research Policy*, Vol. 41 (6), 2012, 1072-1083.

² Vgl. Broekel, T.; Buerger, M.; Brenner, T.: An Investigation of the Relation between Cooperation and the Innovative Success of German Regions, erscheint in: *Spatial Economic Analysis* (vgl. auch *Papers in Evolutionary Economic Geography #10.11*, Utrecht University 2010).

³ Vgl. hierzu z. B. Miotti, L.; Sachwald, F.: Co-operative R&D: Why and With Whom? An Integrated Framework of Analysis, in: *Research Policy*, Vol. 32 (8), 2003, 1481-1499.

⁴ Vgl. hierzu z. B. den Übersichtsartikel von Cooke, P.: Regional Innovation Systems, Clusters, and the Knowledge Economy, in: *Industrial and Corporate Change*, Vol. 10 (4), 2001, 945-974.

(weitgehend)⁵ frei wählen. Wenn die oben genannten Theorien zutreffen, würde sich ein Akteur aus einer Region bei zwei nahezu identischen möglichen Partnern für denjenigen aus der eigenen Region entscheiden. In diesem Fall nämlich fände ein intensiver Wissenstransfer statt, der sich in einer besseren Performance niederschlagen dürfte.

Im Jahr 2013 wurde in diesem Kontext bereits eine Untersuchung zu den Kooperationsstrukturen in Bundesprogrammen der FuE-Förderung durchgeführt. Diese wird nun um jene aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union erweitert. Zum jetzigen Stand der Forschung ist noch nicht klar, ob die Akteure in den Bundes- und in den EU-Programmen identisch sind. Für eine gewisse Anzahl an Akteuren mag dies zutreffen, allerdings sind ebenso andere Fälle wahrscheinlich, in denen Akteure in Bundes-, aber nicht in EU-Programmen oder umgekehrt gefördert wurden.⁶

Ein weiterer Grund, zusätzlich EU-Programme zu analysieren, liegt in der Tatsache, dass die Literatur neben regionalen auch überregionale Wissensflüsse als unabdingbar diskutiert.⁷ Kooperationen in den Forschungsrahmenprogrammen der EU sind per se international angelegt. Internationale Konsortien mit mehreren sächsischen Partnern sind dann ein Beleg dafür, dass sowohl *global pipelines* als auch *local buzz* ausgeprägt sind.

Rückblick auf eine Untersuchung aus dem Jahr 2013: Zunahme innersächsischer FuE-Kooperationen in Bundesprogrammen

In einer Analyse aus dem Jahr 2013⁸ wurde untersucht, welche Kooperationsstrukturen sächsische Akteure in geförderten FuE-Verbundprojekten in

Bundesprogrammen aufweisen und wie sich diese Strukturen über die Zeit verändert haben. Es zeigte sich, dass sächsische Akteure in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre noch wenige Beziehungen zu Partnern innerhalb Sachsens aufwiesen. Kooperationspartner wurden überwiegend in den Alten Ländern gefunden. In einem späteren Zeitraum dagegen wurden weit mehr Partner aus Sachsen (und auch aus den übrigen Neuen Ländern) gewählt (vgl. Tabelle, oberer Teil).

Kooperationen in Forschungsrahmenprogrammen der Europäischen Union

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) haben es sich zum Ziel gesetzt, die Union zu einem dynamischen, wissensbasierten Wirtschaftsraum zu entwickeln. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde das Konzept des Europäischen Forschungsraums entwickelt. Kern dieses Konzepts ist die Integration der wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten der einzelnen Mitgliedstaaten. Das wichtigste Instrument zur Umsetzung dieses Konzepts sind die seit dem Jahr 1984 angewendeten mehrjährigen EU-Forschungsrahmenprogramme. Auf thematisch fokussierte Ausschreibungen (so genannte *Calls*) können Konsortien einen Antrag auf Förderung stellen. Das Konsortium sollte aus mindestens drei Kooperationspartnern aus unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten (oder assoziierten Ländern) bestehen. Darüber hinaus können aber auch weitere Akteure, auch aus außereuropäischen Ländern (Drittstaaten), eingebunden sein.⁹

Der folgende Abschnitt untersucht nun, ob in Konsortien mit mindestens einem sächsischen Partner weitere sächsische Akteure eingebunden sind. Ist dies der Fall, so spräche das für die Bedeutung des eingangs beschriebenen regionalen Transfers von Wissen auch im Kontext internationaler FuE-Zusammenarbeit.

Potenziale für intra-sächsischen Wissenstransfer über Forschungsrahmenprogramme der EU

Als Maß für die Kooperationsintensität wird die Anzahl der Kontakte berechnet, die sächsische Akteure zu Partnern im eigenen Land bzw. in den anderen Ländern hatten. Die Informationen stammen aus der

⁵ Einige Förderlinien (z. B. im Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand, ZIM) verlangen die Beteiligung einer Forschungseinrichtung. Vgl. <http://www.zim-bmwi.de/kooperationsprojekte>.

⁶ Vgl. Czarnitzki, D.; Lopes Bento, C.: Innovation Subsidies: Does the Funding Source Matter for Innovation Intensity and Performance? Empirical Evidence from Germany. ZEW Discussion Paper No. 11-053, 2011.

⁷ Vgl. z. B. Bathelt, H.; Malmberg, A.; Maskell, P.: Clusters and Knowledge: Local Buzz, Global Pipelines and the Process of Knowledge Creation, in: *Progress in Human Geography*, Vol. 28 (1), 2004, 31-56.

⁸ Vgl. Titze, M.; Brachert, M.; Ehrenfeld, W.: Im Fokus: Geförderte FuE-Verbundprojekte: Sächsische Akteure wählen zunehmend Partner in räumlicher Nähe, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 19 (3), 2013, 49-52.

⁹ Vgl. z. B. für einen Überblick: <http://www.forschungsrahmenprogramm.de>, Zugriff am 05.11.2014.

Tabelle:

Partnerstrukturen sächsischer Akteure in Bundesprogrammen (ohne ZIM-Koop und Vorläuferprogramme)^a und im 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union (EU)

- Anzahl der Partner in bewilligten Verbundprojekten -

		Sachsen	übrige Neue Länder	Berlin	übrige Alte Länder	Deutsch- land insgesamt	übrige EU 15	übrige EU 28	übriges Europa	übrige Welt	Ausland insgesamt	
Bundesprogramme 1995 bis 2000	Wirtschaft	360	258	133	1 804	2 555						
	Wissenschaft ^b	345	250	149	1 959	2 703						
	insgesamt ^c	705	508	282	3 763	5 258						
	<i>in %</i>											
	Wirtschaft	14,1	10,1	5,2	70,6	100,0						
	Wissenschaft ^b	12,8	9,2	5,5	72,5	100,0						
insgesamt ^c	13,4	9,7	5,4	71,6	100,0							
Bundesprogramme 2005 bis 2010	Wirtschaft	936	419	150	1 492	2 997						
	Wissenschaft ^b	839	471	181	1 902	3 393						
	insgesamt ^c	1 775	890	331	3 394	6 390						
	<i>in %</i>											
	Wirtschaft	31,2	14,0	5,0	49,8	100,0						
	Wissenschaft ^b	24,7	13,9	5,3	56,1	100,0						
insgesamt ^c	27,8	13,9	5,2	53,1	100,0							
7. Forschungsrahmenpro- gramm der EU 2007 bis 2013	Wirtschaft	46	19	23	250	338	1 220	147	130	62	1 559	
	Wissenschaft	62	54	85	751	952	3 758	505	438	184	4 885	
	insgesamt	108	73	108	1 001	1 290	4 978	652	568	246	6 444	
	<i>in %</i>											
	Wirtschaft	13,6	5,6	6,8	74,0	100,0	78,3	9,4	8,3	4,0	100,0	
	Wissenschaft	6,5	5,7	8,9	78,9	100,0	76,9	10,3	9,0	3,8	100,0	
insgesamt	8,4	5,7	8,4	77,6	100,0	77,3	10,1	8,8	3,8	100,0		

Lesehilfe: Von den im Zeitraum von 1995 bis 2000 bewilligten Verbundprojekten waren sächsische Akteure insgesamt 5 258-mal beteiligt. Davon waren 705-mal sächsische Partner in Verbänden mit sächsischen Akteuren involviert. – ^a Einbezogen wurden die Programme des Förderkatalogs des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). In diesem sind die Bewilligungen aus dem Programm ZIM-Koop sowie seiner Vorläuferprogramme nicht enthalten. – ^b Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen. – ^c Ohne die Kategorie „sonstiges“ (z. B. Einzelerfinder).

Quellen: Rohdaten Förderkatalog des BMBF; ECORDA-Datenbank; Berechnungen des IWH.

so genannten ECORDA-Datenbank und wurden entsprechend aufbereitet. Angenommen ein Konsortium¹⁰ wird von fünf Partnern beantragt; zwei stammen aus Sachsen, einer aus Bayern, einer aus Frankreich und einer aus Polen. In diesem Fall wird ein Kontakt Sachsen/Sachsen gezählt, einmal Sachsen/übrige Alte Länder (Bayern), einmal Sachsen/übrige EU 15 (Frankreich) und einmal Sachsen/übrige EU 28 (Polen). Die Ermittlung der Kooperationsintensität erfolgt durch Auszählung über alle Konsortien.

Die Informationen über die Beteiligung der sächsischen Akteure aus Wissenschaft und Wirt-

schaft sind in der Tabelle dargestellt. Der obere Teil beinhaltet die Ergebnisse der Analyse aus dem Jahr 2013 und ist zu Vergleichszwecken erneut aufgenommen. Hier wurden Kooperationsstrukturen in Bundesprogrammen aus zwei Zeiträumen miteinander verglichen. Im Zeitraum von 1995 bis 2000 entfielen von insgesamt 5 258 Kontakten mit mindestens einer sächsischen Beteiligung 705 Kontakte (13,4%) auf die Kombination Sachsen/Sachsen. Die Kooperationsintensität erhöhte sich im Zeitraum von 2005 bis 2010 auf 27,8%. Die Potenziale für den Austausch personengebundenen Wissens haben sich demgemäß beachtlich erhöht.

In den Forschungsrahmenprogrammen der EU kommen nun Kooperationspartner aus dem Ausland

¹⁰ Ein Verbundprojekt besteht aus mindestens zwei Partnern.

hinzu (unterer Teil der Tabelle). In dem betreffenden Zeitraum gab es insgesamt 7 734 (6 444 + 1 290) Kontakte mit mindestens einem sächsischen Akteur; 5 837 (rund 75%) davon entfallen auf Akteure aus der sächsischen Wissenschaft. Die Tabelle offenbart auch, dass 6 444 von 7 734 aller Kontakte sächsischer Akteure (rund 83%) mit dem Ausland bestehen. Die Internationalität der Konsortien ist eine Voraussetzung für ihre Förderfähigkeit.

Die Förderregularen schließen jedoch nicht aus, auch weitere inländische Partner an dem Konsortium zu beteiligen. Im konkreten Fall kann nunmehr überprüft werden, aus welchen Regionen Deutschlands die 1 290 Partner aus Konsortien mit mindestens einer sächsischen Beteiligung kommen.

Hier stammen 108 (8,4%) aus Sachsen – der überwiegende Teil (rund drei Viertel) aber sind Partner aus den Alten Ländern. Die Quote variiert zwischen Akteuren aus der Wissenschaft und der Wirtschaft. Im Bereich der sächsischen Wirtschaft ist die Kooperationsintensität (13,6%) höher als bei Akteuren der Wissenschaft (6,5%). Dieses Muster zeigte sich schon in den Bundesprogrammen. Insgesamt entspricht die innersächsische Kooperationsintensität des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU in etwa derjenigen bei den Bundesprogrammen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre.

Aus internationaler Sicht lässt sich erkennen, dass 4 978 von 6 444 ausländischen Kooperationspartnern (rund 77%) aus Ländern der EU 15 stammen. Der Anteil von Partnern aus osteuropäischen Ländern (übrige EU 28) ist mit rund 10% nur unwesentlich größer als derjenige von Partnern aus dem übrigen Europa (rund 9%).

Fazit

Der vorliegende Beitrag zeigt, dass auch in internationalen Forschungskonsortien, wie jenen, die über das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU gefördert werden, Kooperationsbeziehungen zwischen sächsischen Akteuren zustandekommen. Die Intensität ist zweifelsfrei niedriger als in vergleichbaren Programmen der Bundesförderung, da der Fokus auf der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern liegt. Nichtsdestotrotz sind in Konsortien mit sächsischer Beteiligung mehr sächsische Partner als Partner aus den Nachbarländern Sachsen eingebunden.

Kooperationspartner in räumlicher Nähe sind wichtig für den Austausch von personengebundenem Wissen, denn dieser basiert auf einer besonderen Vertrauensbasis. Diese Vertrautheit aber kann nur entstehen, wenn die Akteure in einer gewissen Regelmäßigkeit von „Angesicht zu Angesicht“ miteinander interagieren.

Die Analysen haben gezeigt, dass auch in Forschungsrahmenprogrammen der EU durchaus mehrere sächsische Akteure in einem (internationalen) Konsortium involviert sind. Zusammen mit den früheren Befunden bezüglich der Bundesprogramme deutet dies auf Potenziale für eine räumliche Wissensdiffusion hin. Konstellationen, bei denen mehrere sächsische Akteure in einem EU-Konsortium aktiv sind, weisen zudem darauf hin, dass sowohl *local buzz* als auch *global pipelines* angelegt sind. Aus Sicht der einschlägigen Literatur ist dies positiv zu werten.

Eine interessante Forschungsfrage, die sich aus den Erkenntnissen des Beitrags ableitet, ist, welche Akteure in Bundes- und welche in EU-Programmen miteinander kooperieren, und ob es Überlappungen gibt. Zum aktuellen Stand der Forschung ist nicht bekannt, ob die Akteure in den Bundesprogrammen mit denen in den Forschungsrahmenprogrammen der EU identisch sind. Sollten sich diese Akteure nämlich unterscheiden, dann ließen sich durch eine solche Analyse die Wissensflüsse sehr viel detaillierter nachzeichnen und möglicherweise bislang unbekanntes Verbindungen aufspüren.

15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality“

Am 1. und 2. Dezember 2014 fand am IWH in Zusammenarbeit mit dem Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative (CIREQ), Montréal, und der Martin-Luther Universität Halle-Wittenberg (MLU) der 15. IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland folgten auch in diesem Jahr der Einladung, ihre neuesten Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der angewandten Makroökonomie vorzustellen.¹



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops.

Foto: IWH.

Im Mittelpunkt des Workshops stand das Thema „Identification and Causality“ und damit verbunden die Diskussion so genannter struktureller Vektor-Autoregressionsmodelle (SVAR). Modelle dieser Art werden eingesetzt, um die dynamische Wirkung nicht vorhergesehener wirtschaftspolitischer Ereignisse zu analysieren. Da solche „Schocks“ jedoch nicht direkt beobachtet werden können, stehen Ökonomen vor der Herausforderung, geeignete Identifikationsstrategien zu finden.



Keynote *Sophocles Mavroeidis* (University of Oxford).

Foto: IWH.

Sophocles Mavroeidis (University of Oxford) machte in seiner Keynote auf spezifische Schwachstellen eines konventionell geschätzten SVAR-Modells aufmerksam und veranschaulichte seinen eigenen Ansatz an einer klassischen Identifikation.

In den folgenden Vorträgen wurden auch gänzlich andere Wege der Identifikation aufgezeigt: Statt allein auf ökonomische Theorien zurückzugreifen, können z. B. auch sich über die Zeit verändernde Volatilitätseigenschaften der Daten zur Restriktion herangezogen werden.

Abderrahim Taamouti (Durham University Business School) präsentierte in der zweiten Keynote des Workshops eine neuartige Methode, mit deren Hilfe nichtlineare Granger-Kausalität über einen längeren Horizont nicht nur – wie sonst üblich – getestet, sondern auch in einem modellfreien Rahmen quantifiziert werden kann.



Keynote *Abderrahim Taamouti* (Durham University Business School).

Foto: IWH.

Wie wirksam ist Geldpolitik in Zeiten einer Finanzkrise? Was treibt die Renditedifferenz von Staatsanleihen im Euroraum? Wie stabil ist Lohnpolitik vor dem Hintergrund veränderter Rahmenbedingungen? Auch in diesem Jahr wurden die Beiträge zur Methodenentwicklung wieder durch zahlreiche empirische Arbeiten zu aktuellen Fragestellungen aus den Bereichen Finanzmärkte, Geldpolitik, Prognose und Lohnpolitik komplettiert.

Ergänzend zu den Vorträgen des Workshops fand außerdem eine Postersession statt.

Matthias Wieschemeyer
(Matthias.Wieschemeyer@iwh-halle.de)

¹ Die Vortragsfolien des Workshops sind unter <http://www.iwh-halle.de/c/start/veranst.asp?lang=d> abrufbar.

Does Proximity Matter in the Choice of Partners in Collaborative R&D Projects? – An Empirical Analysis of Granted Projects in Germany

Das Papier leistet einen Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung physischer Distanz für die Herausbildung von Zusammenarbeit in der Forschung und Entwicklung (FuE) über Regionsgrenzen hinweg. Den theoretischen Rahmen bilden die Proximity-Theorie und ihre Erweiterungen. Mit Hilfe eines räumlichen Interaktionsmodells für Zählraten werden deutsche Daten des Zeitraums von 2005 bis 2010 empirisch analysiert. Die Ergebnisse zeigen, dass alle getesteten Maße für Nähe (geographische, kognitive, soziale und institutionelle) einen signifikant positiven Einfluss auf die Intensität der Zusammenarbeit haben. Das „Paradox der Nähe“ kann hingegen nur für kognitive Nähe bestätigt werden, nicht aber für geographische, soziale und institutionelle Nähe.

Clemens Fuhrmeister, Mirko Titze, Ulrich Blum, Philipp Marek: Does Proximity Matter in the Choice of Partners in Collaborative R&D Projects? – An Empirical Analysis of Granted Projects in Germany. IWH-Diskussionspapiere Nr. 12/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/12-14.pdf>.

The Structure and Evolution of Intersectoral Technological Complementarity in R&D in Germany from 1990 to 2011

Es wird argumentiert, dass die intersektorale Komplementarität von Wissen ein entscheidendes Element für die wirksame Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung (FuE) darstellt. Dessen reale Struktur ist jedoch noch weitgehend unbekannt. Basierend auf dem Argument, dass Organisationen überwiegend FuE-Kooperationsprojekte mit passenden Wissensressourcen realisieren, verwenden wir das gleichzeitige Auftreten von Unternehmen in FuE-Verbundprojekten in Deutschland, um die intersektorale technologische Komplementarität zwischen 129 Sektoren zu identifizieren. Die Ergebnisse werden in einem Komplementaritätsraum für die deutsche Wirtschaft abgebildet. Die Struktur dieses Raums und dessen Dynamik in der Periode von 1990 bis 2011 werden anschließend mit Hilfe der Methoden der sozialen Netzwerkanalyse untersucht.

Die Ergebnisse veranschaulichen Komplementaritätsbeziehungen zwischen Sektoren sowohl auf dyadischer Ebene als auch auf Ebene des gesamten Netzwerks. Letzteres ist wichtig, da Komplementarität von Wissen in Teilen nur dann voll wirksam werden kann, wenn verschiedene Wissensressourcen aus unterschiedlichen Sektoren gemeinsam in Projekte integriert werden. Die dynamische Perspektive zeigt zudem die Verschiebung der Nachfrage nach Wissen zwischen Sektoren in unterschiedlichen Zeiträumen.

Tom Brökel, Matthias Brachert: The Structure and Evolution of Intersectoral Technological Complementarity in R&D in Germany from 1990 to 2011. IWH-Diskussionspapiere Nr. 13/2014, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/disc/13-14.pdf>.

Veranstaltungen

18. Februar 2015 in Halle (Saale): „Von der Transformation zur europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern“

Unter dem Titel „Von der Transformation zur europäischen Integration – 25 Jahre Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern“ wird das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) gemeinsam mit Partnern der Universitäten in Mitteldeutschland Forschungsergebnisse zu 25 Jahren Wirtschaftsentwicklung in den Neuen Ländern vorstellen. Die Tagung wird mit einem Vortrag des Ministers für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Hartmut Möllring, zum Thema „Ein Vierteljahrhundert des wirtschaftlichen Aufbaus in Sachsen-Anhalt: Erreichtes und künftige wirtschaftspolitische Herausforderungen“ eröffnet. Die darauffolgenden Vorträge werden sich unter anderem mit Fragen der Produktivitätsentwicklung, der Einkommenskonvergenz, des Gründungsgeschehens und den Forschungsaktivitäten in den Neuen Ländern befassen. Einen Höhepunkt der Tagung wird ein Podiumsgespräch zum Thema „Aufbau Ost – mittendrin oder abgeschlossen?“ unter Beteiligung von Persönlichkeiten aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft bilden. Am Podium wird auch der Präsident des IWH, Professor Reint E. Gropp, Ph.D., teilnehmen.

Durchgeführte Veranstaltungen:

4. November 2014 in Halle (Saale): Workshop on Nowcasting and Forecasting

Am 4. November 2014 fand am IWH der gemeinsam mit der Universität Leipzig und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg veranstaltete „Workshop on Nowcasting and Forecasting“ statt. Hier trafen sich Prognostiker aus führenden Wirtschaftsforschungsinstituten, Universitäten und Zentralbanken, um aktuelle Prognosemethoden zu präsentieren und zu diskutieren. Insbesondere wurden aktuelle Projekte des IWH-Prognoseteams vorgestellt. Neben Prognosen auf regionaler Ebene stand vor allem die Echtzeitproblematik im Vordergrund der Debatte.

13. und 14. November 2014 in Halle (Saale): 2. IWH-ENIC-Workshop „Evolution von Netzwerken, Industrien und Clustern (ENIC)“

Am 13. und 14. November 2014 fand in Halle (Saale) der 2. IWH-ENIC-Workshop statt. Er wurde von den Universitäten Kassel (Guido Bünstorf), Hohenheim (Andreas Pyka) und Hannover (Tom Brökel) gemeinsam mit dem IWH veranstaltet. Die Veranstaltung bot Nachwuchsforscherinnen und -forschern, aber auch erfahrenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Gelegenheit, jüngere Entwicklungen des Faches und neue Forschungsideen in empirischen und theoretischen Arbeiten vorzustellen und zu diskutieren.

Keynote speakers:

Oliver Falck (LMU München, ifo Institut)

Koen Frenken (Universität Utrecht)

1. und 2. Dezember 2014 in Halle (Saale): 15th IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop: „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“

Am 1. und 2. Dezember fand am Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) der 15. IWH-CIREQ Macroeconometric Workshop statt. Die in Kooperation mit dem Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative (CIREQ), Montréal, durchgeführte Veranstaltung fand bereits zum 15. Mal statt und beschäftigte sich in diesem Jahr mit dem Thema „Identification and Causality in Macroeconometrics and Finance“. In Vorträgen wurden viele theoretische und empirische Arbeiten zu so genannten strukturellen vektorautoregressiven Modellen (SVAR) präsentiert, die sich mit dem Problem der Identifikation beschäftigen. Die Keynote-Lectures wurden von Sophocles Mavroeidis (University of Oxford) zum Thema „Robust Inference in Structural VARs with Long-run Restrictions“ und von Abderrahim Taamouti (Universidad Carlos III de Madrid) zum Thema „Measuring Nonlinear Granger Causality in Mean“ gehalten.

Wirtschaft im Wandel, Jg. 20 (5), 2014

Steffen Müller

Kommentar:

Betriebsgrößenstruktur und Arbeitsmarktergebnisse

Michael Koetter

Aktuelle Trends:

Zinsspannen deutscher Universalbanken

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose

Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2014:

Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken

Hans-Ulrich Brautzsch, Gerhard Heimpold, Walter Hyll, Maïke Irrek, Cornelia Lang

25 Jahre nach dem Mauerfall: Weiterhin strukturelle Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt zwischen Ost und West

Birgit Schultz, Liesa Krüger

Langzeitleistungsbezug und Langzeitarbeitslosigkeit

– Bericht zum 11. IWH/IAB-Workshop zur

Arbeitsmarktpolitik –

Brigitte Loose

IWH-Baumfrage im dritten Quartal 2014:

Baukonjunktur in Ostdeutschland verliert weiter an Schwung

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im dritten Quartal 2014:

Die Stimmung trübt sich ein

Externe Publikationen

Bülbül, D.; Noth, Felix; Tyrell, M..

Why Do Banks Provide Leasing?, in: Journal of Financial Services Research, Vol. 46 (2), 2014, 137-175.

Gropp, Reint E.; Gründl, C.; Güttler, A.

The Impact of Public Guarantees on Bank Risk Taking: Evidence from a Natural Experiment, in: Review of Finance, Vol. 18 (2), 2014, 457-488.

Hirsch, B.; Müller, Steffen

Firm Leadership and the Gender Pay Gap: Do Active Owners Discriminate more than Hired Managers?, in: Journal for Labour Market Research, Vol. 47 (1-2), 2014, 129-142.

Kropfthäuser, Frieder; Sunder, M.

A Weighty Issue Revisited: The Dynamic Effect of Body Weight on Earnings and Satisfaction in Germany, in: SOEPpapers 635, 2014.

Lindner, Axel; Loose, Brigitte

Erweiterung des Investitionskonzepts in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Wirtschaftsdienst, Jg. 94 (11), 2014, 836-838.

Prinz, S.; Gründer, G.; Hilgers, R. D.; Holtemöller, Oliver; Vernaleken, I.

Impact of Personal Economic Environment and Personality Factors on Individual Financial Decision Making, in: Frontiers in Psychology: Decision Neuroscience, Vol. 5, Artikel 158, 2014.

Rosenfeld, Martin T. W.; Kauffmann, Albrecht

The Development of Cities and Municipalities in Central and Eastern Europe – Introduction for a Special Issue of "Urban Research & Practice", in: Urban Research & Practice, Vol. 7 (3), 2014, 255-257.

IWH-Diskussionspapiere

Fuhrmeister, C.; Titzte, Mirko; Blum, U.; Marek, P.

Does Proximity Matter in the Choice of Partners in Collaborative R&D Projects? – An Empirical Analysis of Granted Projects in Germany
Nr. 12/2014, Dezember 2014.

Brökel, T.; Brachert, Matthias

The Structure and Evolution of Intersectoral Technological Complementarity in R&D in Germany from 1990 to 2011
Nr. 13/2014, Dezember 2014.

Impressum

Herausgeber:

Prof. Reint E. Gropp, Ph.D.

Prof. Dr. Oliver Holtemöller

Prof. Dr. Michael Koetter

Prof. Dr. Steffen Müller

Dr. Herbert S. Buscher

Dr. Hubert Gabrisch

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Tobias Henning

Layout: Ingrid Dede

Telefon: +49 345 7753 738/721

Telefax: +49 345 7753 718

E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Verlag:

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Telefon: +49 345 7753 60

Telefax: +49 345 7753 820

Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Erscheinungsweise:

6 Ausgaben jährlich

Bezugspreis:

Einzelheft: 4,50 Euro

Jahresbezug: 24,00 Euro

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet, Beleg erbeten.

Druck:

Grafisches Centrum Cuno GmbH & Co. KG

Gewerbering West 27, D-39240 Calbe

Telefon: +49 39291 428-0

Wirtschaft im Wandel, 20. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12. Dezember 2014

ISSN 0947-3211 (Print)

ISSN 2194-2129 (Online)